

**A N F R A G E** von Jürg Trachsel (SVP, Richterswil), Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon) und Yves de Mestral (SP, Zürich)

betreffend Kostenschub bei der Medikamentenabgabe durch die Ärzteschaft

---

Seit Jahren läuft im Kanton Zürich eine heftige Debatte zum Thema Medikamentenabgabe. Apotheker wie Ärzte reklamieren das Recht auf den Medikamentenverkauf für sich. Die derzeitige Regelung ermöglicht beiden den Medikamentenverkauf auf dem Land, in den Grossstädten Zürich und Winterthur ist er ausschliesslich den Apothekern vorbehalten. Mit der Initiative «Ja zur Wahlfreiheit bei der Medikamentenabgabe» wird das Stimmvolk am 30. November 2008 zum dritten Mal innert sieben Jahren zu diesem Thema an die Urne gerufen, ein Ende der Debatte ist nicht in Sicht.

Am 16. Oktober 2008 schreibt der Volkswirtschaftsprofessor Tilman Siembeck unter dem Titel «Wenn Ärzte auch Medikamente verkaufen» in der NZZ, Seite 27, dass bei einem Ja zur Initiative mit einem Kostenschub im Zürcher Gesundheitswesen zu rechnen ist. Sowohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wie auch die Organisation der 30 wichtigsten Industriestaaten (OECD) lehnen das von der Zürcher Ärzteschaft kantonsweit geforderte Recht auf den Medikamentenverkauf (Selbstdispensation) ab. Das mit einem Kostenschub zu rechnen ist, belegt Siembek u. a. mit Erhebungen des Branchenverbandes Pharmasuisse. Weiter bezieht sich der Gesundheitsökonom auf eine Erhebung des Preisüberwachers, die belegt, dass selbstdispensierende Ärzte grössere Mengen in kleineren Packungen verschreiben, als ihre nicht dispensierenden Kollegen. Die finanziellen Folgen bei einer Mengenausweitung liegen auf der Hand, die kleineren Packungen interpretiert Siembek als geeignetes Mittel, Patienten zu zusätzlichen Konsultationen in die Arztpraxis zu bewegen.

Im Antrag des Regierungsrates vom 31. Oktober 2007 zur vorliegenden Initiative heisst es: «Zur Frage möglicher Auswirkungen auf die Gesundheitskosten liegen widersprüchliche Gutachten vor. ( ... ) Sollte die Liberalisierung im Bereich der obligatorischen Grundversicherung trotzdem einen Kostenschub auslösen, wird es Aufgabe des Bundes sein, die falschen Anreizsysteme zu analysieren und Gegenmassnahmen zu ergreifen.» Und: «Würde die Freigabe der ärztlichen Arzneimittelabgabe im ganzen Kanton trotzdem zum Abbau von Arbeitsplätzen und allenfalls Schliessungen von Apotheken führen, könnte zwar das Versorgungsnetz wohl teilweise nicht auf dem heutigen sehr hohen Niveau gehalten werden.» In der Stellungnahme des Regierungsrates in den Abstimmungsunterlagen ist das Thema Kosten nun plötzlich gar nicht mehr erwähnt.

In diesem Zusammenhang, sowohl mit Blick auf die sich stetig verschlechternden Wirtschaftsprognosen und die Finanzkrise, in deren Umfeld der Kanton Zürich mit erheblichen Steuerausfällen zu rechnen hat, bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sehen die finanziellen Auswirkungen der Initiative «Ja zur Wahlfreiheit bei der Medikamentenabgabe» auf Grund der neusten Erkenntnisse aus?
2. Wie würde sich ein Kostenschub bei gleichzeitigem Abbau von Arbeitsplätzen, der Schliessung von Apotheken sowie einer Verschlechterung der Versorgungsqualität rechtfertigen?

3. Wie sollten die vom Regierungsrat erwähnten Massnahmen des Bundes gegen den prognostizierten Kostenschub konkret aussehen?

Jürg Trachsel  
Josef Wiederkehr  
Yves de Mestral